

Mafiöse Strukturen

Martin Keßler hat über Jahre das Entstehen des brasilianischen Riesenstaudamms Belo Monte verfolgt und gefilmt. Kürzlich war der deutsche Dokumentarfilmer auf Einladung der Entwicklungshilfsorganisation ASTM zu Besuch in Luxemburg.

Herr Keßler, Sie beschäftigen sich seit etwa zehn Jahren mit dem Staudammprojekt Belo Monte in Brasilien. Wie kam es dazu?

Ich wollte 2009 einen Dokumentarfilm über das Weltsozialforum drehen, das damals in Belém stattfand. Man hatte diese Stadt im Amazonasgebiet ganz bewusst ausgewählt, um auf die besondere Rolle Amazoniens als grüne Lunge der Welt hinzuweisen. Ich war auf der Suche nach einem Beispiel, das die Auswirkungen der Globalisierung auf die Region veranschaulichen sollte. So stieß ich auf das Projekt Belo Monte. Der Bau hatte damals noch nicht begonnen. So entstand der Film „Eine andere Welt ist möglich - Kampf um Amazonien“. Es war kurz nach der Weltfinanzkrise, so dass auf dem Weltsozialforum vor allem ökonomische Fragen im Vordergrund standen. Das Weltsozialforum war einst entstanden als Gegenmodell zum World Economic Forum von Davos, wo sich die Reichen und Mächtigen der Welt treffen. Ziel war eine Plattform für soziale Bewegungen und Gewerkschaften zu schaffen, damit diese sich besser vernetzen konnten und um andere Politikansätze und andere ökonomische Modelle zu präsentieren. Ich fand das Projekt so spannend, sodass sich eine Langzeitbeobachtung über nunmehr fast zehn Jahre ergeben hat. Für mich war dies darüber hinaus eine neue Erfahrung, weil es nicht ein reines Dokumentarfilmprojekt, sondern auch ein Vernetzungsprojekt für soziale Bewegungen wurde. Wir machten praktisches jedes Jahr einen neuen Film.

Sie verfolgten den „Countdown am Rio Xingu“.

Genau. Wir verfolgten den gesamten Entstehungsprozess. Wie wurde das Staudammprojekt umgesetzt? Wer ist daran beteiligt? Welche Interessen

stehen dahinter? So begleiteten wir bestimmte Protagonisten über einen längeren Zeitraum. So zum Beispiel Erwin Kräutler, den Bischof von Amazonien, der den Alternativen Nobelpreis erhielt, aber auch indigene Dörfer und Nichtregierungsorganisationen wie das Bürgerbündnis „Xingu vivo“ und ihre Sprecherin Antônia Melo. Auf diese Art und Weise entstand eine Kontinuität. Wir versuchten natürlich, auch die andere Seite zu zeigen, was aber zunehmend schwieriger wurde.

Wen meinen Sie mit der anderen Seite? Was war daran so schwierig?

Weil sie die Öffentlichkeit scheut und immer versucht, alles im positiven Licht darzustellen. Bei dem Betreiberkonsortium des Staudamms, „Norte Energia“, bin ich mit meinen Interviewanfragen mehrfach abgeblitzt. Einmal drehten wir mit einem Direktor von „Norte Energia“. Das war unmittelbar nach dem Beginn der Räumungen, als tausende Menschen umgesiedelt wurden. Damals hat man mit Bulldozern deren Hütten platt gemacht. Der Direktor zeigte uns die Neubauten, die für die Zwangsumgesiedelten entstanden. Das waren riesige Trabantenstädte mit Betonhäusern von schlechter Qualität, wie uns die Bewohner berichteten. Für den ersten Film führte ich ein langes Interview mit dem damaligen brasilianischen Planungsminister Roberto Mangabeira Unger, übrigens dem früheren Universitätslehrer von Barack Obama. Das war seinerzeit überhaupt kein Problem. Ich führte auch ein Interview mit dem damaligen Präsidenten Luiz Inácio „Lula“ da Silva. Aber je länger das Projekt dauerte, umso schwieriger wurde es, jemanden von der Betreiberseite sprechen zu können. Leute wie Bischof Kräutler oder die Indigenen sind die vorgeschobenen

„Die Kapitalströme müssen so organisiert werden, dass sie möglichst undurchschaubar sind.“



Beobachter der Weltöffentlichkeit. Sie schaffen es, durch ihren Einsatz – Bischof Kräutler fiel einmal fast einem Mordanschlag zum Opfer und ist ständig von Leibwächtern umgeben – weltweite Öffentlichkeit herzustellen und kritisieren, dass die Regierung immer wieder versuchte, alles unter den Teppich zu kehren. Bischof Kräutler sagte schon früh, dass das so läuft. Schließlich ginge es ganz stark um Korruption. Der Verdacht kam schon vor Jahren auf und hat sich zunehmend bewahrheitet.

Wie hat sich die Region um Belo Monte verändert?

Die Provinzhauptstadt Altamira zum Beispiel wuchs von 100.000 auf 160.000 Einwohner an. Die Infrastruktur war überhaupt nicht dafür ausgerichtet. Zehntausende Wanderarbeiter, die oft nur kurzfristige Verträge hatten, kamen aus dem bettelarmen Nordosten des Landes. Sie wurden in Lagern zusammengepfercht. Das brachte einen Riesen Schub für die Prostitution. Insgesamt gab es 40 Vorbedingungen für den Bau von Belo Monte, und fast keine davon wurde erfüllt. Etwa 40.000 Menschen wurden zudem umgesiedelt. Dadurch wurde eine halbwegs intakte Infrastruktur völlig überstrapaziert. Altamira hat heute die höchste Mordrate in ganz Brasilien.

Welche ökologischen Schäden gab es?

Mehrere Fischarten, die es nur dort gibt, sind vom Aussterben bedroht. Die Indigenen haben diese Fische gefangen und zum Teil als Zierfische verkauft. Sie haben vom Fischfang gelebt. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Ihre Lebensgrundlage wurde zerstört. Jetzt sind sie gezwungen, Landwirtschaft zu betreiben und bauen Mais oder Gemüse an. Früher haben sie nur für ihren Bedarf Wald gerodet. Nun müssen sie große Flächen roden. Die Gesamtfläche des Staudamms beträgt etwa 500 Quadratkilometer. Das ist ungefähr so groß wie der Bodensee. Aber die Fläche des Urwaldes, die zerstört wird, ist zehn Mal größer. Wie schon beim Bau der großen Transamazonica-Straße in den 60er Jahren gibt es für viele Arbeiter keine Nachfolgetätigkeit, weil aufgrund der heutigen Wirtschaftskrise einige geplanten Staudämme nicht gebaut werden. So sind auch sie gezwungen, illegal Wald zu roden, um Landwirtschaft zu betreiben. Das alles sind Multiplikationseffekte, die letztendlich dazu führen, dass riesige Flächen Wald zerstört werden.

Was war der eigentliche Grund für den Bau von Belo Monte? Setzt Brasilien noch immer vor allem auf Wasserkraft?

Belo Monte geht zurück auf ein Projekt der Militärregierung. 1989 wurde versucht, es mit Hilfe der Weltbank zu finanzieren. Damals kam es jedoch zu einer großen weltweiten Protestbewegung, an deren Spitzen unter anderem Künstler wie Sting traten. Deshalb zog die Weltbank die Finanzierung zurück. Bis heute setzt Brasilien zu 70 Prozent auf Wasserkraft als Energiequelle. Deshalb pushten Präsident Lula und seine damalige Energieministerin Dilma Rousseff, seine spätere Nachfolgerin, das Projekt. Für die Bergbauindustrie ist vor allem der Abbau von Bauxit interessant. Dies wird mit großen Schiffen zur Amazonas-Mündung nach Bacarena zu den Aluhütten gebracht. Zur Verhüttung von Bauxit zu Aluminium braucht man Unmengen von Energie. Der Aluminium-Konzern ALBRAS, inzwischen mehrheitlich von dem norwegischen Konzern Norsk-Hydro übernommen, liefert das Aluminium an alle Welt. Wir benutzen es für Autos ebenso wie für Deckel von Joghurtbechern. Dies zu verfolgen und die Zusammenhänge der Globalisierung zu beobachten, war auch unser ursprünglicher Ansatz. Früher wurde das Aluminium noch in Europa verhüttet, bis man die Verhüttung verlagert hat. Heute bezieht man Aluminium unter anderem vom Amazonas. Mit den entsprechenden Folgen für den Regenwald. Man muss aber auch bedenken, dass Lula und Dilma Rousseff ihre Sozialprogramme „Fome Zero“ und „Bolsa Familia“ über den Rohstoffexport finanziert haben. Lula hat auf diese Art und Weise Millionen Menschen aus der Armut herausgeführt. Das funktionierte, solange es eine weltweite Rohstoff-Hausse gab. An der ungerechten sozialen Struktur änderte sich nichts.

Wie funktioniert aber die Korruption in Brasilien?

In Brasilien herrscht eine mafiöse Struktur zwischen Politik und den großen Baukonzernen, das wurde uns immer wieder gesagt. Ähnlich wie beim militärisch-industriellen Komplex in den USA. Vor allem über die Großbaustellen werden illegal große Summen verschoben, um die politischen Parteien zu finanzieren. Eine staatliche Parteienfinanzierung hingegen gibt es nicht. Die Parteienlandschaft ist völlig zersplittert. Das heißt, ein Politiker braucht Geld, wenn er eine Wahlkampagne führen will. Lula trat einst an, um dieses System zu ändern. Aber er ist Teil dieses Systems geworden, wie es heute scheint. Um die Politik zu dominieren, musste er sich die Mehrheiten zusammenkaufen. Darum drehte sich der Mensalão-Skandal: Politiker bekamen monatlich einen Koffer mit Geld überreicht, damit sie für die Regierung stimmten. Aber um zu unserem Ausgangsprojekt zurückzukommen: Wir haben uns immer gefragt, warum Brasilien nicht das Riesenpotenzial an Solarenergie nutzt. Politik und Bauindustrie waren gar nicht daran interessiert. Stattdessen sollten mehr als 150 Staudämme in ganz Brasilien und in den angrenzenden Ländern gebaut werden, um weiter abzukassieren. Oft mit dabei der Baukonzern Odebrecht, der hochrangige Politiker in mehreren Ländern mit Millionenbeständen bestach, um an Aufträge zu kommen.

Von den drei Baufirmen, die in Belo Monte involviert sind, ist Odebrecht die größte. Welche Erfahrungen machten Sie mit dem Konzern?

Dieser ist – wie alle beteiligten Konzerne – vor allem daran interessiert, dass so wenig wie möglich an die Öffentlichkeit dringt. Es gab 2014 eine öffentliche Anhörung zu Belo Monte im Europäischen Parlament.



Martin Keßler

Der Filmemacher, geboren 1953, studierte Geschichte, Germanistik, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften in Marburg und Berlin. Schwerpunkte seiner Arbeit als Dokumentarfilmer und freier Fernsehjournalist sind seit Mitte der 80er Jahre Berichte, Reportage und Dokus zu Sozial- und Wirtschaftsthemen unter anderem für ARD, Arte und ZDF. Er dreht unter anderem Filme wie jene aus der Reihe „Neue Wut“ und „Count Down am Xingu“. 2010 erhielt Keßler den „BCC-Preis“ der Bürger und Menschenrechtsorganisation Business Crime Control.

Damals kamen die Repräsentanten von „Norte Energia“, auch die brasilianische Botschafterin bei der EU, aber von den multinationalen Firmen selbst erschien niemand. Dabei sind auch europäische Konzerne wie Norsk-Hydro, Siemens, Daimler, die Münchner Rückversicherung, Alstom, usw. verwickelt. Es gab keine Bereitschaft von Seiten der Industrie, sich öffentlich zu rechtfertigen. Umso dringlicher ist ein Gesetz, das Firmen von solchen Projekten, bei denen Menschenrechte und Umweltrechte verletzt werden, dafür haftbar macht. Stattdessen wird die Verantwortung weggeschoben. Regierungen wie in diesem Falle der brasilianischen, die sogar Militärpolizei gegen Proteste einsetzt, überlässt man die Drecksarbeit, so Bischof Kräutler, und wäscht seine Hände in Unschuld und kassiert dabei.

Odebrecht hat mehrere Briefkastenfirmen und ein Büro in Luxemburg. Wie erklären Sie sich das?

Der Konzern hat unterschiedliche Projekte in verschiedenen Ländern. Diese müssen finanziert werden. Hinzu kommen die unzähligen Millionen an Bestechungsgeldern. Diese Kapitalströme müssen so organisiert werden, dass sie möglichst undurchschaubar sind, sagen Finanzexperten. Nur so kann auch ich mir das erklären. Allerdings habe ich hier in Luxemburg nicht recherchiert und kann keine Beweise vorlegen.

Wird der Widerstand gegen Belo Monte durch den Wahlsieg des Ultrarechten Jair Bolsonaro zum neuen brasilianischen Präsidenten noch weiter erschwert?

Es wird für die NGOs noch schwieriger werden. Sie wurden bereits unter Lula kriminalisiert und noch stärker unter dem noch amtierenden Präsidenten Michel Temer. Aber diese Kriminalisierung sozialer Bewegungen wird zunehmen. Die Landlosenbewegung MST wurde bereits in die Nähe zum Terrorismus gerückt. Gerade solche Bewegungen hatten am Anfang sehr viele Hoffnungen in Lula gesetzt. Aber durch Projekte wie Belo Monte gerieten sie in Konflikt mit der Regierung. Durch die jüngste Zuspitzung gab es wieder eine Annäherung an Lulas Arbeiterpartei. Nur befürchte ich, dass Bewegungen wie „Xingu vivo“, die gegen Belo Monte kämpft, stärker unter Druck geraten. Bolsonaro ist sehr stark mit der Bergbauindustrie verbunden. Die Börse von Sao Paulo, aber auch internationale Konzerne begrüßen seinen Wahlsieg. Obwohl er sich längst als Faschist geoutet hat, wie viele Wahlbeobachter finden. Er ist rassistisch, homophob, hetzt gegen die Indigenen. Und er betrachtet Amazonien als Schatzkammer Brasiliens. An der großen Schleife des Rio Xingu soll die größte Goldmine Brasiliens entstehen, die ein kanadischer Konzern betreiben will. Man

„Politiker bekamen monatlich einen Koffer mit Geld überreicht, damit sie für die Regierung stimmten.“

geht davon aus, dass die Entwaldung Amazoniens, die zum Teil rückläufig war, wieder rapide ansteigen wird, weil größere Anbauflächen für Soja zur Verfügung gestellt werden sollen. Zudem will Bolsonaro Privatisierungen staatlicher Unternehmen im großen Stil betreiben. Die staatliche Elektrizitätsgesellschaft Eletrobras ist mit 50 Prozent an dem Betreiberkonsortium Norte Energia beteiligt. Nun wird versucht internationale Beteiligungen zu finden. Dabei ist das Projekt nicht nur ökologisch ein Desaster, sondern auch ökonomisch, weil drei bis vier Monate im Jahr Trockenzeit ist, und das Kraftwerk in dieser

Zeit – laut seriösen Schätzungen – nur zehn Prozent seiner Leistung erbringen wird. Wir haben bereits eine Veränderung des Mikroklimas im Amazonas und damit längere Trockenzeiten. Auch die Trockenperioden in Südbrasilien hängen mit den veränderten Klimabedingungen in Amazonien zusammen. Allein die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes macht 50 Prozent des CO₂-Ausstoßes Brasiliens aus. Wenn der Wald weiter abstirbt, haben auch wir ein Riesenproblem. Denn der Amazonasurwald ist die grüne Lunge der Welt. Hinzu kommt, dass mit der Wahl Bolsonaros das Klima der Gewalt in der Gesellschaft verstärkt wird – wie unter Trump in den USA. Dies geht dann wohl so weit, dass noch öfter auf Indigene und NGOs geschossen wird. In diesem Klima kann Bolsonaro auch besser die Interessen der Großgrundbesitzer und der Industrie umsetzen.

Also eine Form von autoritärem Kapitalismus, der salonfähig wird.

Leider. Selbst Vertreter der europäischen Industrie heißen die Wahl Bolsonaros willkommen.

Düstere Aussichten. In Ihrem neuesten Film „Reise in den Herbst“ thematisieren Sie auch den Vormarsch der Rechten.

Der muss nicht zwangsläufig so weiter gehen. Ein positiver Ansatz wäre, wenn sich im Denken der Menschen etwas verändert und entsprechende Initiativen ergriffen werden, wie zum Beispiel Partnerschaften mit Indigenen oder ein verstärktes kritisches Engagement der Bürger. Wir leben in einer Zeit des historischen Umbruchs, aufgrund des Klimawandels und der zunehmend unsozialen gesellschaftlichen Strukturen. Während sich ein überkommenes System an der Macht zu halten versucht, brauchen wir andere Strukturen. Wir brauchen Nachhaltigkeit, lokale Vernetzungen, ein umweltgerechtes Wirtschaften. Wenn die Menschen halbwegs demokratische Gesellschaften wollen, müssen sie sich engagieren und es nicht den Rechtspopulisten überlassen.

Interview: Stefan Kunzmann

Fotos: Adrian Rheinländer, Philippe Reuter